

de Kéisecker **INfo**

PERIODIQUE DU MOUVEMENT ECOLOGIQUE ASBL
Paraît au moins 12 fois par an



**mouvement
écologique**

6, rue Vauban – L-2663 Luxembourg – Tél: 43 90 30 1 – Fax: 43 90 30 43
meco@oekozen.lu – www.oekozen.lu

CCP LU16 1111 0392 1729 0000
BCEE LU20 0019 1300 1122 4000

So manches hat sich getan in den vergangenen Wochen in Luxemburg: von der Tripartite über die Rede zur Lage der Nation des Premiers, der Vorstellung der Klimaschutzstrategie bis hin zu einer Debatte über das IVL-Konzept und Landesplanung in der Abgeordnetenversammlung.

Diese Info-Nummer umfasst Stellungnahmen des Mouvement Ecologique zu diesen unterschiedlichen Themen. Dabei muss in einer aktuellen Politik (erneut) eine gewisse Ambivalenz festgestellt werden: Einerseits z.T. lobenswerte Ankündigungen, wie in der Klimastrategie, auf die man seit langem wartete. Endlich liegen doch recht konkrete Maßnahmen auf dem Tisch, die nun umgesetzt werden sollen. Andererseits aber sieht man, dass zahlreiche Ideen, die in den vergangenen Jahren entwickelt wurden, wie z.B. auf der Ebene der Landesplanung, bis dato einer Umsetzung harren. Man schwankt demnach – wie gehabt – zwischen Hoffnung und Skepsis. Kein Wunder: aktuelle politische Entscheidungsprozesse führen zu dieser Ambivalenz! Meysemburg scheint zwar definitiv gerettet, das Gesetzesprojekt zur Impactstudiendirektive für Straßenbauprojekte (die Luxemburg seit Ende der 80er Jahre umgesetzt haben müsste) wirft aber viele ungelöste Probleme auf. Die Aktivitätszone Grass soll zwar nicht genehmigt werden, in den unterschiedlichen Regionen mehrten sich jedoch problematische Bauprojekte. Auch am Flughafen wird munter ohne Betriebsgenehmigung weiter ausgebaut ...

Man darf zugeben, dass man, trotz der schönen Reden, immer ungeduldiger wird: die Klimaschutzziele von Kyoto können nicht eingehalten werden und gehen de facto nicht weit genug. Trotz aller IVL-Versprechen geht der Landverbrauch in Luxemburg nach wie vor ungehemmt weiter

Und doch: die Tatsache, dass die Klimaschutzpolitik eine solche Bedeutung in der Rede zur Lage der Nation spielte, dass Meysemburg (wahrscheinlich) nun definitiv gerettet wurde... zeigt auf, dass sich Engagement und Hartnäckigkeit lohnen, wenn sie mit fundierten Argumenten verbunden sind.

www.oeko.lu



Der Mouvement Ecologique, das "OekoZentrum Lëtzebuerg" sowie das "Klimabündnis Lëtzebuerg" laden herzlich ein zu einem Halbtags-Seminar

Wéi ee Bussystem fir meng Gemeng / Region? Aus den Erfahrungen vum Ausland a vu lëtzebuenger Gemengen léieren

Montag, den 19. Juni von 14.00 - 18.00 2006, Mamer Gemeindehaus
("Schloss", place de l'indépendance)

Das Seminar richtet sich an engagierte Personen in den Gemeinden (Gemeinderatsmitglieder, Mitglieder von beratenden Kommissionen und Organisationen) sowie an all jene, die sich für den öffentlichen Transport interessieren

Das Seminar wird organisiert in Zusammenarbeit mit dem "Verkéiersverband Lëtzebuerg" und unter der Schirmherrschaft des Transportministeriums

Die klassischen Buslinien bilden gemeinsam mit dem Zug das Rückgrad des öffentlichen Transportes. Doch heute weiß man: diese alleine reichen nicht aus. Darüberhinaus gilt es "flexible" Angebote zu gewährleisten, die sehr konkret auf die spezifischen Bedürfnisse der Einwohner einer Gemeinde, einer Region, eines Vereins bzw. eines spezifischen Zielpublikums (Jugendliche, Senioren ...) ausgerichtet sind.

Dies haben auch viele Luxemburger Gemeinden erkannt und ihr Angebot in diesem Sinne ausgebaut.

Doch wann ist welches System am sinnvollsten? Welche unterschiedlichen Formen gibt es? Welche Erfahrungen wurden gemacht?

Das Seminar soll helfen, einen Überblick über die verschiedenen Mobilitätsangebote in den Gemeinden zu geben; die Hilfestellung darzulegen, mit denen die Gemeinden rechnen können – und von den Erfahrungen anderer zu lernen. Deshalb werden – neben einem Vortrag eines in diesem Bereich spezialisierten Verkehrsplaners – 8 Konzepte aus Luxemburg vorgestellt.

PROGRAMM

14:00: Begrüßung

14:10: Die verschiedenen flexiblen Angebotsformen des öffentlichen Transportes: vom Bürgerbus bis zum City-Bus: Welche Formen gibt es? Wann sollte für welches System optiert werden? Einige Grundvoraussetzungen für den Erfolg. Illustriert mit ausländischen Fallbeispielen Einführung ins Thema mit Helmut Koch, Verkehrsstudienbüro Trafico

15.00 Vorstellung von Gemeindeinitiativen – Teil 1

1. Late Night Bus Mamer, Steinfort, Koerich, Strassen
Roger Negri, Verkehrsschöffe Mamer

2. City-Bus Düdelingen
Conny Théobald, Verkehrsschöffe Düdelingen

3. Bummelbus
Romain Wester, Präsident Gemeindefyndikat Sispolo

4. Flexibus
Albert Henkel, Bürgermeister der Gemeinde Mersch

16.00 Pause

16.15 Vorstellung von Gemeindeinitiativen – Teil 2

5. Late Night Bus
Maurice Losch, Verkehrsschöffe, Erpeldingen

6. Gemeinde Navette, Fouerbus
Marc Schlammes, Verkehrsschöffe, Niederanven

7. Vereinsbus
Camille Gira, Bürgermeister, Beckerich

8. Rufbussysteme
Max Biell, dipl. Ing. Verkéiersverband Lëtzebuerg

17.15: Die Hilfestellung des Verkehrsverbandes an die Gemeinden: Beratung, finanzielle Unterstützung: Wie greifen die Verkehrssysteme (RGTR-Linienbusse – Züge – Gemeinde-Busse) einander?

Gilles Dostert, Direktor der Luxemburger Mobilitätszentrale

18.00: Vin d'honneur

angeboten von der Gemeinde Mamer

Eine Anmeldung ist aus organisatorischen Gründen bis spätestens den 14. Juni erforderlich unter: Tel: 439030-1, Fax: 439030-43, Email: meco@oekozen.lu)

Unkostenbeitrag: 5 Euro (wird vor Ort bezahlt)



de Kéisecker
Mouvement Ecologique

INfo



IVL und Landesplanung: Vom Papiertiger zur politischen Grundlage für Zukunftsgestaltung

Im Vorfeld der Debatten über die Umsetzung der Konzepte der Landesplanung sowie des "Integrativen Verkehrs- und Landesentwicklungskonzeptes" (IVL) bezog der Mouvement Ecologique ausführlich Stellung und warf die Frage auf, wie deren Umsetzung derzeit in der Praxis erfolgt. Im Folgenden veröffentlichen wir eine Zusammenfassung des 14-seitigen Dokumentes. Das integrale Dokument kann auf der homepage www.oeko.lu eingesehen werden.

Durch gemeinsame Projekte Akzeptanz für neue Wege und Strukturen schaffen

Der Mouvement Ecologique begrüßt grundsätzlich, dass das Innenministerium den Mut aufbringt, im Zuge der Umsetzung des IVL auch über neue Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden nachzudenken. Neue Gemeindestrukturen, so der Mouvement Ecologique, können aber nur dann gelingen, wenn die notwendige Akzeptanz dafür vorhanden ist. Dies scheint im Moment – quer durch alle politischen Parteien hindurch, aber auch im Obersten Rat für Landesplanung – für die derzeitigen Vorschläge des Innenministeriums nicht der Fall zu sein. Statt neuer theoretischer Konzepte, gilt es somit eher mittels konkreter Projekte Gemeinden und Regionen an eine verstärkte Zusammenarbeit heranzuführen. Motto müsste sein: "Regionale Zusammenarbeit Schritt für Schritt entstehen und wachsen lassen durch eine Kooperation in konkreten Projekten".

Statt im stillen Kämmerlein: Zukunftsplanung pragmatisch und demokratisch gestalten

In Bezug auf die sektoriellen Pläne Transport, Wohnen sowie Aktivitätszonen tritt der Mouvement Ecologique für eine offenere Vorgehensweise ein. Statt einer Erstellung im stillen Kämmerlein, wie sie derzeit zwischen Ministerien erfolgt, wäre es notwendig, die nationalen Akteure einzubinden und für größtmögliche Transparenz zu sorgen. Darüber hinaus gilt es gemeinsam in Arbeitsgruppen festzulegen, welche Ziele mit den unterschiedlichen Plänen jeweils angestrebt werden.

Nur wenn diese Ziele gemeinsam festgelegt werden würden, könnten "ausgewogene" Dokumente entstehen. Nur wenn offen gespielt würde und eine Beteiligung der unterschiedlichen Akteure am Planungsprozess erfolgt, kann eine Akzeptanz entstehen.

Motto muss demnach auch hier sein: **statt einer Planung "von oben herab" – Akzeptanz schaffen durch Beteiligung!**

In Stufen zu einer realitätsnahen regionalen Zusammenarbeit und Regionalentwicklung

Ähnlich sieht der Mouvement Ecologique die Situation in Bezug auf die regionalen Pläne. Hier tritt der Mouvement Ecologique dafür ein, in Stufen zu einer realitätsnahen regionalen Zusammenarbeit und Regionalentwicklung zu gelangen. Es geht deshalb letztlich nicht um enzyklopädische Planungsentwürfe, sondern um die Diskussion über zentrale Weichenstellungen für die Zukunft einer Region, um Antworten auf die drängenden Probleme und darum eine Identifizierung mit einer gemeinsamen regionalen "Zukunft" zu finden. Dabei kann der Anspruch von Region zu Region verschieden sein.

Deshalb sollten die Gemeinden über konkrete Projekte für die regionale Zusammenarbeit gewonnen werden: im Sinne eines schrittweisen Heranführens sollten in einer ersten Phase gemeinsam Projekte definiert werden, die regional bedeutsam sind, z.B. auf kantonalen Ebene. Beispiel: Entwicklung der Bebauung bzw. des öffentlichen Transportes in der Region Nordstad – oder aber (wie derzeit der Fall) Parkraummanagement in der Region Süd-Westen. Des Weiteren sollte die Zusammenarbeit auf kleinem Raum gefördert werden. Nachbargemeinden kennen häufig ähnliche Probleme, sie sehen häufig sehr schnell den Nutzen einer gemeinsamen Absprache ein und tun dies sogar teilweise bereits. Wäre es nicht sinnvoll, ähnlich wie im "Kordall-Projekt", (auf der Grundlage der Direktiven der Landesplanung, des IVL sowie der Vorgaben eines Regionalplanes Süden Teil-)konzepte für den Raum Esch und den Raum Dülelingen zu erstellen und diese anschließend zu einem Ganzen zusammen zu führen?

Darüber hinaus müssten umgehend auch finanzielle Anreize geschaffen werden: einerseits neue Gelder für regionale Projekte vorgesehen und andererseits bestehende Budgetposten umgestaltet werden, so dass regionale Projekte prioritär gefördert werden.

Theorie und Praxis miteinander verknüpfen

Zur Zeit scheint es so zu sein, dass viele den Begriff IVL in ihrem Sinn missbrauchen, um problematische Projekte (überdimensioniert, zu kompakte Bauweise im ländlichen Raum) zu legitimieren. Äußerste Bedenken hat der Mouvement Ecologique derzeit auch gegenüber der Aussagen des Staatsministers in seiner Rede zur Lage der Nation zum Thema Wohnungsbau. Dass nun Gemeinden für zusätzliche Einwohner seitens des Staates einen finanziellen Zuschuss erhalten sollen, stellt nach Ansicht des Mouvement Ecologique die Prinzipien der Landesplanung in Frage. Dies weil Gelder, z.T. losgelöst vom IVL, fast gießkannenartig verteilt werden sollen. Der Mouvement Ecologique tritt dafür ein, dass die Verteilung dieser Gelder an klare Landesplanungskriterien gebunden werden muss. Das Innen- und Landesplanungsministerium muss darlegen, welche weitere Bebauung in welchen Gemeinden / Ortschaften bzw. in welchem Zeitraum prozentual sinnvoll ist. Die vom Premier angekündigten "Wohnungsbauentwicklungskonzepte" müssen in den regionalen Zusammenhang gesetzt werden. Erfolgt dies nicht, so bedeutet dies letztlich das Ende jeder Regionalplanung! Des Weiteren sollten endlich seitens der "commission d'aménagement" Leitlinien dargelegt werden, wie flächensparendes Bauen erfolgen soll. Zur Mobilisierung von in Bebauungsplänen ausgewiesenem Bauland sollte geklärt werden, in wiefern die Einführung einer Spekulationssteuer, die Reform der Grundsteuer oder eine Reklassierung sinnvolle Instrumente in dieser Hinsicht darstellen. Das Gleiche gilt für leer stehende Wohnungen, die Nutzung von Wohnungen zu anderen Zwecken bzw. die Umnutzung von Baubestand.

Demokratische Legitimität und Investition in Menschen: Voraussetzungen für eine Zukunftsdebatte

Initiativen im Bereich der Landesplanung stehen und fallen mit der Akzeptanz, die sie bei Gemeinden und BürgerInnen finden.

– Neue Strukturen brauchen eine demokratische Legitimierung: d.h. die vom Innen- und Landesplanungsministerium vorgeschlagenen neuen Strukturen ("communautés de communes" bzw. "communautés urbaines") müssen in Bezug auf ihre demokratische Funktionsweise überprüft werden.

– Regionalentwicklung braucht Investitionen in Menschen: Das Beispiel der Naturparke – wie auch dasjenige der Leader-Initiativen – zeigt, dass für eine verstärkte Zusammenarbeit auf interkommunaler Ebene, Menschen gebraucht werden, welche diese Prozesse konkret in die Wege leiten, begleiten, moderieren und koordinieren. In der Konsequenz muss das Innen- und Landesplanungsministerium personell massiv mit hoch qualifizierten und erfahrenen Fachleuten verstärkt werden – bereits jetzt bestehende regionale Strukturen (z.B. regionale Gemeindegremien "à vocation multiple"), mit den notwendigen Finanzmitteln versehen werden, um regionale Identität zu schaffen – das Mandat des "député-maire" gehört endlich bei größeren Gemeinden abgeschafft – die Freistellung Gemeindeverantwortlicher erhöht werden.

– Regionalentwicklung hat aber auch nur dann eine Chance, wenn Akteure und BürgerInnen eingebunden werden, so u.a. mittels Bürgerforen und Zukunftskonferenzen.

Landesplanung braucht eine klare Kompetenzeinteilung sowie nachhaltige Gemeindefinanzen

Eine Landesplanung ist unweigerlich auch mit der Frage einer klaren Kompetenzeinteilung zwischen Staat und Gemeinden sowie der Gemeindefinanzen verbunden. Deshalb begrüßt der Mouvement Ecologique grundsätzlich, dass parallel zur IVL-Debatte eine Diskussion über die Kompetenzeinteilung in Gemeinden erfolgt. Diese Debatte

müsste aber transparenter gestaltet werden: Warum nicht die Arbeits-Berichte der zuständigen Kommission veröffentlichen? Warum nicht die Vorschläge der unterschiedlichen Ministerien zur neuen Kompetenzaufteilung auf der Internet-Seite der Regierung zur Einsicht vorlegen? Warum nicht "workshops" organisieren? Es mutet zudem befremdend an, wenn das Innen- und Landesplanungsministerium Reformen für Strukturen vorlegt – neue regionale und interkommunale Ebenen festlegen will – bevor die Frage geklärt ist, auf welcher Ebene welcher Bereich am sinnvollsten bearbeitet werden soll. Das Gleiche gilt für die Gemeindefinanzen.

Darüber hinaus braucht die Landesplanung eine Kommunikationsstrategie, in der die positiven Aspekte einer nachhaltigen Landesplanung der breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden.



Anlässlich der Generalversammlung des OekoZentrum Lëtzebuerg asbl am 5. April 2006, wurden folgende Mitglieder einstimmig für den Vorstand gewählt :

Vom Verwaltungsrat des Mouvement Ecologique delegiert: Alain Adams, Emile Espen, Théid Faber, Jeannot Muller, Laure Simon, Tom Gallé, René Wampach, Blanche Weber.

Die vom Mouvement Ecologique bestimmten Mitglieder haben anschließend, wie in den Statuten vorgesehen, die folgenden Mitglieder für den Verwaltungsrat kooptiert Doris Engel, Charles Margeue, Liane Kadusch-Roth, Alice Risch, Viviane Schmit, Adri van Westerop

Raymond Becker und Claude Turmes hatten vorab angekündigt, dass sie aus zeitlichen Gründen ihre Ämter zur Verfügung stellen würden.

Das Personal des OekoZentrums hatte – im Vorfeld der Generalversammlung – Christiane Conrady als Personalvertreterin gewählt. Diese Wahl wurde vom Verwaltungsrat angenommen.

Die Kassenrevisoren: Pol Ruppert und Franz Hengen erklärten sich bereit ihr Mandat ein weiteres Jahr auszuführen.

In der anschließenden Sitzung des Verwaltungsrates wurden die Posten wie folgt verteilt: Théid Faber, Präsident; Adri van Westerop, Vize-Präsidentin; Viviane Schmit, Sekretärin; Doris Engel, Trésorière.



Interessanter Vortrag zur Energiepolitik

Auf großes Interesse stieß der Vortrag den der Mouvement Ecologique mit Dr. Ziesing – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin – zum Thema *„Knappheit von Gas und Erdöl, Gebot des Klimaschutzes: – Wie kann eine*

Energieversorgung im Jahre 2020 / 2050 aussehen? Welchen Stellenwert soll die Atomkraft haben?“ am Freitag, den 19. Mai organisierte. Dr. Ziesing wusste die Herausforderungen, die sich auf der Ebene der Klimastrategie stellen äußerst interessant darzulegen und teilte der Atomkraft auch aus wirtschaftlichen Gründen eine klare Absage. Außerdem machte er sich dafür stark, dass Luxemburg eine mittel- bis langfristige Energiestrategie entwickeln müsse, die Luxemburg in ihren Entscheidungen im Energiebereich leiten würde.

Wirtschafts- und Energieminister J. Krecké reagierte ausführlich auf die Ausführungen von Dr. Ziesing. J. Krecké bekannte sich langfristig zu einem *„Nein“* zur Atomkraft, zur Notwendigkeit einer Energiewende, zur Förderung des Energiesparens und der Energieeffizienz sowie zu erneuerbaren Energien (vor allem der Biomasse). Allerdings müsste er auch kurzfristigen Anforderungen Rechnung tragen.

Nach den Interventionen entstand eine rege Debatte, die bei einem *„Patt“* einen Abschluss fand.

Die sehr zahlreichen und interessanten Folien von Dr. Ziesing können auf der homepage www.oeko.lu des Mouvement Ecologique eingesehen werden.

Erfolg des ersten *„Gemengestamminet“*

Äußerst anregend war der erste *„Gemengestamminet“* zu dem der Mouvement Ecologique im Mai eingeladen hatte. Etwa 30 Personen interessierten sich für die Ausführungen des Innenministers zum Thema *„Den Inneministère – seng Zesummenaarbecht mat de Gemengen –*



seng Virstellungen iwwert d'Aufgabe vun de Gemengen am 21. Jorhonnert?“

In einer entspannten und sympathischen Atmosphäre konnten die verschiedenen Elemente der Gemeindepolitik und Landesplanung besprochen werden.

Der Mouvement Ecologique wird auf jeden Fall im Juni erneut zu einem *„Gemengestamminet“* einladen.

De Mouvement Ecologique kënne léieren ...

20 Personen nahmen an einem *„Kennenlern-Abend“* des Mouvement Ecologique teil, in dem während einem wie immer hervorragenden Essen der *„Kachéguipé“* um Lydie-Muller Philippine ein Austausch über den Mouvement Ecologique stattfand.

Erhöhung der Autosteuer: Element einer nachhaltigen Steuerreform – Einnahmen integral dem Klimaschutzfonds zuführen!

Das Klimaschutzprogramm, das an diesem Dienstag in der Abgeordnetenkammer diskutiert wird, weist zahlreiche positive Maßnahmen auf, die – wenn sie denn umgesetzt werden – mit Vorteilen auch für den Einzelnen verbunden sind: Von energieeffizienten Bauweisen über ein attraktiveres Angebot des öffentlichen Transportes. Doch auch auf wirtschaftlicher Ebene, z.B. betreffend den Erhalt oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze, eröffnen sich gerade für kleine und mittlere Unternehmen neue Chancen.

Diese Klimaschutz-Maßnahmen kosten Geld, doch können sie bei richtiger Umsetzung des Programms einen Mehrwert für unser Land, für die kommenden Generationen bringen und vor allem sind sie unerlässlich, wenn man den Klimawandel in Grenzen halten will.

Der Mouvement Ecologique begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Erhöhung der Autosteuer. Ein Mouvement Ecologique erachtet es als selbstverständlich, dass die Autosteuer in Luxemburg nach dem **Verursacherprinzip** ausgestaltet und in diesem Zusammenhang auch erhöht wird. Denn die heutige Autosteuerstruktur setzt in der Tat die falschen Akzente, indem umwelt- und auch gesundheitsbelastende Fahrzeuge nicht höher besteuert wurden als andere. Auch wenn die jetzt geplante Erhöhung der Steuer das Kaufverhalten wohl nur in begrenztem Ausmaß ändern wird, ist der Steuerbeschluss doch ein wichtiger Schritt in Richtung einer kohärenten Steuerpolitik, die nicht blind ist für die nachhaltige Entwicklung.

Die Autosteuerreform macht aber auf Dauer nur Sinn, wenn sie mittelfristig einen ersten Schritt im Rahmen eines Umbaus der bisherigen Steuerstruktur darstellt:

– Die Autosteuer muss deshalb bewusst in den **Kontext einer nachhaltigen Steuerreform** gesetzt werden: und zwar einer Reform, die den Faktor Arbeit entlastet und den Faktor Umwelt- und Ressourcenverbrauch stärker belastet. Die grundsätzliche Diskussion über die Realisierbarkeit einer solchen Reform, die schon wiederholt in Koalitionsabkommen angekündigt wurde, muss endlich vom Finanz- und Umweltministerium in die Wege geleitet werden.

– In diesem Zusammenhang muss das Aufkommen aus Umweltsteuern – auch das aus der Autosteuer – letztlich dazu dienen, **Steuern und andere Abgaben zu senken, die den Faktor Arbeit und die wirtschaftliche Entwicklung belasten**. Das Mehraufkommen sollte nicht einfach im allgemeinen Staatsbudget verschwinden und die Regierung von den Sanierungsnotwendigkeiten auf der Ausgabenseite befreien.

– Solange es aber noch kein Steuerreformkonzept in diesem Sinne gibt und auch keine konkreten Pläne für kompensatorische Steuersenkungen, sollten ökologisch motivierte Steuern zweckgebunden für die Verbesserung der Umwelt und für eine nachhaltige Entwicklung verwendet werden. Ist dies nicht der Fall, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Steuererhöhung von der Allgemeinheit lediglich als Instrument zur Aufstockung des Staatshaushaltes angesehen wird. Der Mouvement Ecologique tritt demnach mit Nachdruck dafür ein, die Gelder aus der Erhöhung der Autosteuer **integral dem Klimaschutzfonds zuzuführen**.

– Im Rahmen der Tripartite wurde vorgeschlagen, gewisse Umweltabgaben bzw. –steuern indexneutral zu gestalten. Wenn eine nachhaltige Steuerreform jedoch eine Chance haben soll, dürfen nicht einzelne Umweltsteuern als isolierter Vorwand zur Abänderung des Index dienen. Es kommt vielmehr darauf an, eine wirkliche Strategie zu entwickeln, und zwar im Rahmen eines Steuerreformkonzepts. **Welche Oeko-Steuern** (und welche anderen mit Lenkungszielen verbundenen Abgaben) **sollen tatsächlich neutralisiert werden**, welche aber nicht? Und wie kann durch Entlastungen des Sozialsystems u.a. dafür Sorge getragen werden, dass sinnvolle neue Steuern oder Steuererhöhungen nicht für ein weiteres Wachstum der Staatsausgaben verwendet werden, sondern tatsächlich der Allgemeinheit rückerstattet werden, z.B. via Reduktion der Beitragszahlungen am Sozialsystem. Das sind die Fragen, die endlich in den Mittelpunkt der Steuerdiskussion gerückt werden müssen.

Politik braucht Glaubwürdigkeit – auch eine Klimaschutzstrategie ist hierauf angewiesen!

www.oeko.lu

Die Regionale Uelzechtall des Mouvement Ecologique lädt jeden herzlich ein zu einem Rundtischgespräch

Rundtischgespräch:

Zusammenarbeit zwischen Gemeinden – Naturschutz – Siedlungsentwicklung: Herausforderungen für das Alzettetal

am Montag, 12. Juni um 18.00 im *„Centre Culturel“* in Helmingen

Der Ablauf des Abends ist folgender:

„Le développement urbain dans les localités de la vallée de l'Alzette (communes Walferdange, Steinsel, Lorentzweiler et Lintgen)“

Monsieur Romain Diederich, Conseiller de Gouvernement 1ière Classe au Ministère de l'Intérieur, fera un bref exposé sur l'état des travaux concernant les plans directeurs et sera à votre disposition pour répondre à des questions.

Les moyens d'actions au niveau communal en matière de la protection de l'environnement naturel.

Monsieur Fernand Etgen, président du SICONA Centre et Madame Claudine Junck, responsable de la station biologique du SICONA présenteront leur organisation et vous transmettront leurs expériences du terrain.

Un pot de l'amitié sera offert par le Bourgmestre de la commune de Lorentzweiler.“



Die Herausforderungen einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung

Offener Brief an Staatsminister Jean-Claude Juncker

Im Vorfeld der Rede des Premiers zur Lage der Nation veröffentlichte der Mouvement Ecologique einen offenen Brief an den Premier.

Auch wenn dieses Schreiben etwas zurückliegt, sei er an dieser Stelle integral veröffentlicht. Spannend ist einerseits, welche Elemente der Premier aufgriff. Andererseits legt folgendes Schreiben durchaus die Prioritäten der Arbeiten eines Mouvement Ecologique dar.

Am 2. Mai werden Sie, Herr Staatsminister, in der Rede zur Lage der Nation die (gesellschafts-) politischen Akzente vorstellen, die in den kommenden Monaten gesetzt werden sollen. Ihre Rede wird u.a. wohl geprägt sein von den Debatten, die im Vorfeld besonders im Rahmen der Tripartite geführt wurden. Als Nicht-Regierungsorganisation und Teil der Zivilgesellschaft erlauben wir uns unseren hohen Erwartungen Ausdruck zu geben, die wir an Ihre Rede aus der Sicht einer nachhaltigen Entwicklung knüpfen.

Eine zukunftsfähige Entwicklung geht von drei Grundsätzen aus: neben dem gleichen Recht auf Entwicklung für alle (Länder des Nordens und des Südens), dem gleichen Recht auf Nutzung des Umweltraumes (u.a. der Nutzung von Ressourcen) geht es um gleiche Lebenschancen für zukünftige Generationen. Unsere Gesellschaft kann diesen zentralen Herausforderungen nur gerecht werden, wenn deutliche neue Akzente gesetzt werden.

Dabei ist eine ausgeglichene finanzpolitische Situation für ein Land wie Luxemburg sicher auch eine Frage der Nachhaltigkeit, insofern unsere Generation nicht ihren Kindern und Enkeln für sie untragbare finanzielle Lasten hinterlassen will. Die Sorge um eine nachhaltige Finanz- und Sozialpolitik stellt jedoch nur einen (wichtigen) Faktor der zukunftsfähigen Entwicklung einer Gesellschaft dar – und auch die Frage der Verteilung der budgetären Mittel aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung ist von eminenter Bedeutung.

Erlauben Sie uns deshalb im Folgenden acht zentrale Elemente aufzuwerfen, von denen wir hoffen, dass sie auch Bestandteil Ihrer Rede zur Lage der Nation sein werden:

- Neues Modell Luxemburg – neue Wege der gesellschaftspolitischen Streitkultur schaffen: Die Umsetzung von Finanzprioritäten, die wirtschaftliche Diversifizierung, die Transportpolitik, Landesplanung, Klimaschutz u.a.m. stehen symbolisch für Themenfelder, die für die Entwicklung Luxemburgs von herausragender Bedeutung sind. Das Aufgreifen dieser Zukunftsthemen braucht eine größtmögliche Mitwirkung aller "forces vives" einer Gesellschaft. Luxemburg muss sich deshalb

endlich neue Wege in der Diskussionskultur geben: von einer Aufwertung der Abgeordnetenversammlung über die Nennung eines "Rates für eine nachhaltige Entwicklung", einer Stärkung der Zivilgesellschaft bis hin zu direkten partizipatorischen Formen der Demokratie. Dieses "neue Modell Luxemburg" ist unerlässlich, damit die notwendigen Schritte auch eine breite Verankerung in der Bevölkerung finden.

- Wirtschaftliches Wachstum, nachhaltige Entwicklung und Lebensqualität müssen Hand in Hand gehen: In Prozessen, wie jenen der Lissabonstrategie, gilt es verstärkt die

Hinblick auf eine notwendige Konsensfindung eingebunden werden.

- Prozess der nachhaltigen Steuerreform in die Wege leiten: Der Faktor Arbeit soll entlastet – der Ressourcen- und Energieverbrauch besteuert werden. Noch nie war, angesichts der zunehmenden Problematik auf der Ebene der Umweltbelastungen, aufgrund der steigenden Energiekosten, der Zunahme der Arbeitslosigkeit, der Problematik auf der Ebene des Staatshaushaltes u.a.m. eine Debatte über eine nachhaltige Steuerreform so zwingend wie heute. Die Luxemburger Regierung muss sie endlich angehen.

Haushalten und Betrieben sowie eine Vorreiterrolle von Staat und Gemeinden Grundelemente darstellen. Das historische Nein Luxemburgs zur menschenverachtenden Atomenergie muss – auch vor dem Hintergrund des 20. Jahrestages von Tschernobyl – erneut bekräftigt werden.

- Wende in der Mobilitätspolitik planerisch und finanzpolitisch verankern: Die moderne Stadtbahn muss endlich Akzente im Sinne einer neuen Mobilität setzen. Doch sie alleine kann nicht die Lösung aller Probleme darstellen. Darüber hinaus erwarten wir, dass kurz- und mittelfristig eine absolute

Planungs- und Finanzierungs-priorität auf Projekte im Bereich sanfter Mobilität gesetzt wird, dies auf Kosten des Individualverkehrs.

- EU-Politik muss Teil des politischen Alltags sein: EU-Politik braucht eine stärkere Verankerung in der Alltagspolitik Luxemburgs. Deshalb gilt es jene Instrumente offensiver umzusetzen, die u.a. in den Debatten über den EU-Verfassungsentwurf aufgeworfen wurden: Von einer stärkeren Einbindung der Abgeordnetenversammlung bis hin zu einer verbreiterten Berichterstattung über EU-Projekte.

Als Mouvement Ecologique erwarten wir somit, Herr Staatsminister, dass Sie, über den wichtigen Aspekt einer nachhaltigen Finanz- und Sozialpolitik hinaus, in Ihrer

Rede auch die Bedeutung anderer Bereiche einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung hervorheben werden und danken Ihnen dafür im Voraus.



unterschiedlichen Belange zusammenzuführen. Luxemburg muss die Chancen, die in zukunftsträchtigen Branchen wie neuen Energieformen bzw. der rationellen Energienutzung, der Verwertung der Biomasse u.a.m. liegen, nutzen. Es gilt die nachhaltige Entwicklung als auch Chance für den Arbeitsmarkt zu erkennen, vor allem auch für mittelständische Unternehmen bieten sich hier neue Aktivitätsfelder. Darüber hinaus gilt es auch eine Wertedebatte zu führen, denn längstens ist ein reines Ansteigen des Brutto-sozialproduktes nicht mehr gleichzusetzen mit einem Mehr an Lebensqualität.

- Weiche Standortfaktoren – unentbehrliche Grundlagen einer wirtschaftlichen Entwicklung: Neben Faktoren wie einem guten Sozialdialog, kurzen Verwaltungswegen oder steuerlichen Anreizen stellen die sog. weichen Standortfaktoren einen immer wichtigeren Rahmen im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zwischen Ländern dar. Dazu gehören u.a. eine konsequente Landesplanung, eine hohe Lebensqualität, effiziente öffentliche Transportmittel usw. Die sektoriellen und regionalen Pläne, die wir als Mouvement Ecologique seit Jahren einfordern, können eine wesentliche Grundlage für eine nachhaltige Regionalentwicklung sein. Dies jedoch unter der Voraussetzung, dass BürgerInnen, Gemeinden und Interessenverbände im

- Klimaschutzstrategie als Herausforderung und Chance anerkennen: Luxemburg ist völkerrechtlich verpflichtet, seine CO₂-Emissionen um 28% bis zum Jahre 2012 zu reduzieren. Dies aus gutem Grund: unser Land hat sehr hohe CO₂-Emissionen pro Kopf. Luxemburg sollte die Herausforderung offensiv angehen, d.h. statt Gelder in "Freikaufprojekte" zu investieren, diese bewusst für einen Strukturwandel in Luxemburg nutzen, u.a. durch Förderung von Altbauanierung und energiesparenden Wohnungsformen. Dabei gilt es ebenfalls über den Tellerrand zu schauen, und – neben einer Kooperationspolitik – für gerechte Lebensbedingungen auf dieser Welt Sorge zu tragen. Hierzu gehören Elemente eines gerechten Welthandels bis hin zu einer Förderung von fair gehandelten Produkten im Rahmen der öffentlichen Ausschreibungen. Auch hier sollte die Regierung Akzente setzen.

- Gesamtkonzept für eine Wende in der Energiepolitik erarbeiten: Die Gestaltung einer nachhaltigen Energiepolitik wird angesichts steigender Energiepreise und begrenzter Ressourcen sehr schnell zu einer politischen Priorität ersten Ranges werden. Wir erwarten die Erstellung eines energiepolitischen Konzeptes, in welchem Energieeffizienz, rationelle Energienutzung, Aufbau neuer Energieformen, verstärkte Beratung von

Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz ... endlich eine politische Priorität!



Lobenswerte Ankündigungen sowohl in der Rede des Premiers, als auch in der Klimaschutzstrategie ... man darf auf die praktische Umsetzung gespannt sein.

Einige Tage nach der Rede des Premiers veröffentlichte der Umweltminister die Klimaschutzstrategie der Regierung. Der Mouvement Ecologique kommentierte in einer öffentlichen Stellungnahme die beiden Dokumente wie folgt:

Klimaschutz sowie eine längst überfällige Wende in der Energie- und Transportpolitik, so die Umweltbewegung, scheinen endlich eine politische Priorität ersten Ranges zu erhalten. Das eindrucksvolle Bekenntnis des Premierministers zu Luxemburgs Verantwortung in diesem Bereich stellt nach Ansicht des Mouvement Ecologique eine Verpflichtung für die gesamte Regierung und alle Politikbereiche dar, dies über das überzeugende Engagement des Umweltministers hinaus. Mit Genugtuung nimmt der Mouvement Ecologique vor allem aber auch zur Kenntnis, dass der Staats- sowie der Umweltminister den Klimaschutz prioritär auch als Chance für unser Land ansehen, u.a. für Innovation im wirtschaftlichen Bereich.

Um die Gefahr einer Ankündigungspolitik zu vermeiden, so die Umweltgewerkschaft weiter, müssten nun jedoch wirklich "Nägel mit Köpfen" gemacht werden: So würden in der Klimaschutzstrategie ebenso wie in der Rede des Staatsministers zwar zahlreiche positive Maßnahmen angekündigt: von einer Marketingstrategie für Niedrigenergiehäuser bis hin zur Förderung der Biomasse-Nutzung. Entscheidend sei nun aber deren konkrete Umsetzung, diese erfordere gezielte Programme und Strukturen, die es noch auszuarbeiten gelte.

Vor allem aber müssten die einzelnen Regierungsmitglieder ihre Verantwortung übernehmen, heutige Politiken in Frage zu stellen und eine regelrechte interministerielle Zusammenarbeit entstehen, die man bis dato in der Praxis vermisst. Beispiel: nachhaltige Steuerreform. Die - an sich immer noch moderate - Erhöhung der Autosteuer wie auch die eher dezente Erhöhung der Akzisen auf Benzin und Diesel seien, so die Umweltgewerkschaft, ein Signal in die richtige Richtung. Entscheidend wäre nun jedoch, ob diese Ansätze auch in einer Langfriststrategie münden, die ebenfalls von einem Finanzminister getragen und umgesetzt würde. Stellen diese, so die Frage der Umweltbewegung, den Einstieg in eine nachhaltige Steuerreform dar, die den Faktor Arbeit entlastet, die Wirtschaft in ihrer Innovation stärkt und den Ressourcenverbrauch belastet und somit reduziert?

Erforderlich sei ebenfalls nicht nur eine Akzisenerhöhung, sondern ein gradueller Ausstieg aus dem Tanktourismus. Wird dieser tatsächlich angestrebt? Wird der Finanzminister, wie von der Abgeordnetenkammer gefordert, dessen Kosten aufzuschlüsseln, eine Evaluation der Akzisen-Erhöhung erstellen und ein Stopp weiterer Großtankstellen,

z.B. auf der Saarautoabahn (die scheinbar immer noch zur Diskussion steht), gewährleisten, so weitere Fragen der Umweltbewegung.

Positiv sei des Weiteren, dass der Premierminister so wie auch der Umweltminister deutlich Stellung zu Gunsten einer Priorität für den öffentlichen Transport und im besonderen für die moderne Stadtbahn bezogen und ein klares "Nein" zu weiteren Strassenbau-Projekten ausgesprochen haben: von einer Westtangente bis hin zu Umgehungsstrassen. Dies komme einer Wende in der Transportpolitik dar, die nunmehr auch finanzpolitisch und planerisch verankert werden müsse.

Bedauert jedoch wird vom Mouvement Ecologique der geringe Stellenwert der Landesplanung in beiden Dokumenten. Obwohl es positiv sei, dass der Wohnungsbau mittels Spekulationssteuer und anderen Instrumenten endlich konkrete gefördert werden sollte, würden strategische Planungsinstrumente nicht ausreichend genutzt. Die Regionalentwicklung, im Rahmen derer die räumlichen Prioritäten für die Umsetzung der angekündigten Initiativen im Wohnungsbaupolitik oder eine sinnvolle Planung von regionalen Aktivitätszonen zusammen mit den Gemeinden erfolgen müssten, sei kaum angesprochen worden. Dabei stelle die Planungssicherheit und andere "weiche Standortfaktoren" nicht nur ein Must für die wirtschaftliche Kompetenz dar, sondern sie würden auch prägend die CO₂-Entwicklung der kommenden Jahre beeinflussen. Die aktuelle Stagnation in der Regionalentwicklung offenbare einen wichtigen Schwachpunkt der aktuellen Regierungspolitik, der seinen Ursprung u.a. in einer Überforderung des Innenministeriums habe, und wohl auch deshalb kaum Erwähnung gefunden habe.

Die Klimaschutzstrategie sowie die Erklärung zur Lage der Nation könnten, so der Mouvement Ecologique abschliessend, den Startschuss für eine regelrechte öffentliche Diskussion über eine nachhaltige Zukunftsgestaltung darstellen. Dies unter der Voraussetzung, dass die angekündigten ersten Maßnahmen in einer interministeriellen Verantwortung auch konkret umgesetzt werden und somit die Grundlage für die notwendige Glaubwürdigkeit einer z.T. neuen Politikorientierung gelegt wird. Ausserdem müsste über die erwähnten Schritte hinaus eine ehrliche Debatte geführt werden, wie u.a. die Wirtschaftspolitik von morgen aussehen solle, wie ein Energiemix im Jahre 2020 gestaltet werden müsste, u.a.Grundsatzfragen mehr. Eine neue Diskussionskultur über derartige Grundsatzfragen der zukünftigen Entwicklung unserer Gesellschaft dränge sich auf. Denn über eine Lösung unseres "Kyoto-Problems" sowie der Konsolidierung des Haushaltes hinaus, gelte es strukturelle Reformen für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung in die Wege zu leiten.

Gewerbezone Grass: IVL-Konzept konkret umsetzen - keine Aktivitätszone in Grass!

Das Dossier Grass und Ikea begleitet wohl noch länger den Mouvement Ecologique. Es steht jedoch symbolisch für die Landesplanung in Luxemburg: deshalb bleiben wir am Ball. Und es tut sich immer wieder neues, wie folgende Stellungnahme aufzeigt.

Am 14. April 2005 klagte in Künztzig ein sichtlich betroffener Jean-Marie Halsdorf in seiner Eigenschaft als Innen- und Landesplanungsminister: *"Daat wat momentan zu Sterpenich (also folglich auch in Grass) passéiert, ass landesplaneréisch betruucht eng Katastrof fir Lëtzebuerg!"*

Nachdem der schwedische Möbelgigant in Sterpenich vollendete Tatsachen geschaffen hat, beabsichtigt die Gemeinde Steinfort nach wie vor in Grass mit einer gemeindeeigenen, 24ha großen Gewerbezone an das IKEA-Gelände anzudocken - dies obschon seit geraumer Zeit das Innenministerium mit fachlichem Beistand nach einer weitaus besseren, einer regionalen und daher auch I.V.L.-verträglichen Lösung im Raum Steinfort Ausschau hält.

Eine klare Standortentscheidung in diesem zum Fallbeispiel aufgerückten Dossier steht demnach noch aus, und man darf zu recht gespannt sein, wann und inwiefern sich besonders der für Landesplanung zuständige Ressortminister festlegen wird. Angesichts der an sich doch sehr deutlichen Vorgaben des "Programme Directeur" der Landesplanung und den nicht minder klaren Empfehlungen des I.V.L. müsste dabei Grass als Standort völlig tabu sein.

Unterdessen versucht die Gemeinde Steinfort die Schöffengeräte der Nachbargemeinden Clemency und Garnich in ihr bereits fahrendes Boot zu locken, obschon ausgerechnet diese beiden Gemeinden sich seit November 2003 unmissverständlich gegen den Standort Grass öffentlich und engagiert ausgesprochen haben. Glaubt man jedoch rezenten Pressemeldungen, so vollziehen die Schöffengeräte besagter Landgemeinden momentan einen kaum noch nachvollziehbaren Sinneswandel. Somit soll denn nun aus dem anfangs rein kommunalem Projekt eine interkommunale Gewerbezone in Grass entstehen. Aber dennoch: Grass als möglicher Standort bleibt weiterhin inakzeptabel: ein derartiges Projekt stellt eine unzulässige Zersiedlung der Landschaft dar, zerstört den so genannten "Grüngürtel" im Süden des Landes, führt zu Verkehrsproblemen in der Region, riskiert die kleine Ortschaft "Grass" gänzlich zu überrollen und würde zudem losgelöst von jeder kohärenten Planung erfolgen. Mit Grass würde ein unzulässiger Präzedenzfall geschaffen der wiederum dazu führen würde, landesweit einen unkontrollierten Wildwuchs an Aktivitätszonen auszulösen, der die Lebensqualität der Einwohner in Frage stellt und zu einer Zerstörung unserer Landschaften führen würde. Nachdem in den vergangenen Jahren versucht wurde, hier eine gewisse Logik und Planung hereinzubringen, wäre Grass ein dramatischer symbolträchtiger Rückschritt.

Der Mouvement Ecologique und die "Lokalinitiative géint eng Autobunn duerch oder laanscht d'Gemeng Kéinzeg" erinnern mit aller Entschiedenheit an ihre diesbezüglichen Forderungen und Vorschläge in Bezug auf die in Grass geplante Gewerbezone und fordern die politischen Entscheidungsträger - allen voran Innen- und Landesplanungsminister Jean-Marie Halsdorf - dazu auf ihre ausstehenden Entscheidungen fachlich nach den doch zwingenden Vorgaben einer für Nachhaltigkeit stehenden Regionalplanung auszurichten und demzufolge keine Genehmigung für die uneinsichtig inmitten einer schützenswerten "zone verte interurbaine" geplante Gewerbezone in Grass zu erteilen.

Nur effiziente Regionallösungen an dazu geeigneten Stellen verhindern weitsichtig die Schaffung von äusserst problematischen Präzedenzfällen und entsprechen dem verbindlichen Grundgedanken einer harmonisch und konzeptuell gestalteten Landesplanung.

Demnach dürfen in Grass nicht die gleichen raumplanerischen Fehler wie in Sterpenich wiederholt werden. Besonders in Grass gilt es staatlicherseits nun auch unverzüglich Schadensbegrenzung zu betreiben um die Ortschaft und ihre Einwohner sowie die gesamte Region vor einer noch weitaus schlimmeren Entwicklung zu bewahren. Der Innen- und Landesplanungsminister ist nun gefordert eine weise Entscheidung zu treffen!

Mouvement Ecologique A.S.B.L. und seine Regionale Westen

Lokalinitiative géint eng Autobunn duerch oder laanscht d'Gemeng Kéinzeg A.S.B.L.



Welche Entwicklung für unsere Gemeinden?

Das Fallbeispiel in der Gemeinde Roeser

Der Mouvement Ecologique kann nicht immer Stellung beziehen bzw. Einspruch erheben, wenn in Gemeinden Abänderungen an den Bebauungsplänen vorgenommen, neue Lotisements ausgewiesen werden u.a.m.. In der Regel tun wir das dann, wenn entweder eine Regionale- oder Lokalsektion vor Ort ist, oder wenn das Dossier als besonders wichtig angesehen wird.

Der Verwaltungsrat hat entschieden, dass dies bei einem Lotissement in der Gemeinde Roeser der Fall ist. Hier soll zwischen 2 Ortschaften eine regelrechte neue Ortschaft entstehen, die Bevölkerungszahl sich fast verdoppeln.

Der Mouvement Ecologique sieht dieses Dossier dann auch als Testfall dafür an, wie in Luxemburg Landesplanung erfolgt.

Im folgenden veröffentlichen wir deshalb auch den offiziellen Einspruch. In den kommenden Wochen und Monaten werden wir verstärkt auf derartige Dossiers eingehen.

Nicht-Konformität des Projektes zum Programm der Landesplanung

Die Autoren des Projektes führen an, der Lotissementsentwurf sei konform zum IVL, u.a. aufgrund seiner Anbindungsmöglichkeit an einen Bahnhof. Auch wenn es sicherlich im Sinne eines IVL sowie einer kohärenten Planung ist, wenn neue Lotisements entlang von Bahntrassen bzw. an Bahnhöfen entstehen, so reicht dieses Argument jedoch bei weitem nicht aus, damit ein Projekt "IVL-konform" ist bzw. den

Ansprüchen der Landesplanung entspricht (2003).

Das Programm der Landesplanung geht davon aus, dass (siehe S. 105: "Promouvoir le système des centres de développement et d'attraction (CDA) ..." siehe auch S.131) es sogenannte "zentrale Orte" gibt, die sich stärker als andere entwickeln sollen. D.h. das Bevölkerungswachstum im Sinne einer "décentralisation concentrée" zu einem großen Teil auf diese Orte kanalisiert werden soll.

Sonstige und vor allem ländliche Gemeinden sollen, wie im IVL-Konzept vorgesehen, auf eine sog. "Eigenentwicklung" setzen, d.h. nur mäßig in ihrer Bevölkerungszahl anwachsen, in einem für die bestehende Gemeinde / Ortschaft verträglichen Mass.

Die Gemeinde Roeser und die betroffenen Ortschaften zählen nicht zu einem der zentralen Orte! Ganz im Gegenteil: sie fallen sonder Zweifel unter jene Gemeinden, für die eine "Eigenentwicklung" empfohlen wird.

Ein Bevölkerungswachstum, wie es mit dem vorliegenden Projekt angestrebt wird, widerspricht somit in erheblichem Ausmaß diesen Ansprüchen der Landesplanung und könnte bestenfalls im Rahmen der Regionalplanung einer Überprüfung unterzogen werden.

Leider ist die Gemeinde Roeser in diesem Dossier die Leidtragende, da immer noch kein sektorieller Plan Wohnungsbau vorliegt. Dies ändert jedoch nichts daran, dass das Projekt in der vorliegenden Form gegen einen der Grundprinzipien der Landesplanung verstößt.

Überdimensionierung und unangepasste Siedlungsstruktur des Projektes

Das Projekt ist in diesem Zusammenhang gesehen als stark überdimensioniert zu betrachten. Auch wenn im ausliegenden Dossier keine Zahlen für den zu erwartenden Bevölkerungszuwachs genannt werden, so ist doch ersichtlich, dass hier die beiden bestehenden Ortschaften Bivingen und Berchem quasi vom neuen Lotissement "erdrückt" werden. Eine harmonische Integration der neuen Siedlung in die bestehende Bausubstanz bzw. in den bestehenden sozialen Kontext sind a priori nicht gegeben – z.T. entsteht fast eine "neue Ortschaft".

Doch losgelöst von der Dimensionierung der Größe des Projektes, entspricht die geplante Siedlung in keiner Form einem ländlichen Charakter. Betrachtet man die bestehenden Ortschaften, so ist sicherlich eine verdichtete Siedlung auch mit Appartementshäusern und einer gewissen Höhe sinnvoll, doch das vorliegende Projekt hat sonder Zweifel einen städtischen und nicht einen ländlichen Charakter.

In der Tat macht die sogenannte "zone à haute densité" sage und Schreibe 45,57% des Gebietes aus! D.h. der überwiegende Teil des Lotissements fällt unter diese Kategorie. Dabei ist hier z.T. eine Geschosshöhe von 4 Stockwerken geplant, was nicht konform zum ländlichen Charakter der bestehenden Ortschaft ist. Kommt hinzu, dass die derzeitige Planung vorsieht, dass sogar ein wesentlicher Anteil dieser "zone dense" direkt an die bestehenden Wohnsiedlungen grenzt, die vor allem aus Einfamilienhäusern bestehen.

Schönes, aber unzufriedenstellendes Dossier

– Das Dossier besticht teilweise durch seine Aufmachung und interessanten Anmerkungen (u.a. im Bereich Energie usw.). Doch auch wenn hier von der Konstruktion her aus ökologischer Sicht interessante Elemente angeführt werden, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Dossier doch sehr unverbindlich gehalten ist und de facto nicht den Kriterien eines "plan d'aménagement particulier" (PAP) entspricht. Konkrete Daten zu den zulässigen Bauten, über die Mischnutzung usw. sind in der Form nicht angegeben. Ebenso fehlt ein verbindlicher Plan mit den üblichen Daten, verbindliche reglementarische Aussagen. De facto widerspricht das Dossier geltender Praxis (und wohl auch Recht) in Bezug auf einen "plan d'aménagement particulier".

– Es werden aber weitere wesentliche Schwachstellen im Dossier ersichtlich, zwei seien angeführt, stellvertretend für andere:

* Während die Autoren des Projektes nicht müde werden, das Projekt aufgrund der direkten Anbindung an den Bahnhof zu legitimieren, ist zu lesen, dass pro Wohnung 2 Parkplätze vorgeschrieben sind! Dies überschreitet sogar Vorgaben in klassischen Wohnsiedlungen... und ist in keiner Form als zukunftsweisend anzusehen!
* Oder aber die Straßenbreite ist als sehr klassisch anzusehen, und obwohl immer wieder vom Bahnhof gesprochen wird, ist nicht einmal ein direkter guter Fussweg vom Lotissement zum Bahnhof vorgesehen! Hier entsteht der Eindruck, als ob der Bahnhof doch eine gewisse Alibifunktion für die Legitimierung des Dossiers habe.

Eischen: eine neue Primärschule in einer Habitatzone ??

Ebenso problematisch ist aber auch ein geplantes Projekt in Eischen.

Am Eingang von Eischen (Gemeinde Hobscheid) plant der Gemeinderat den Bau einer neuen Primärschule ausserhalb des Bauperimeters, in einem Hang. Nicht nur, dass das Gebiet alles andere als "im Kern" der Ortschaft liegt, nein, es handelt sich sogar um ein Habitatgebiet.

Dieses neuerliche Vorhaben ist umso unverständlicher, da vor Jahren die Umklassierung dieses Feuchtgebietes für den Bau eines Altersheimes vom damaligen Umweltminister Bodry verweigert wurde. Dieses Landschaftsschutzgebiet der Gemeinde Hobscheid direkt an den "Drei Brücken" und an der Fahrradpiste der Attertlinie gelegen ist nicht nur ein wertvolles Rückzugsgebiet für zahlreiche gefährdete Tier- und Pflanzenarten, sondern hat auch ein hohes Potential als Naherholungsgebiet.

Die Regionale Westen des Mouvement Ecologique erwartet, dass der Gemeinderat der Gemeinde Hobscheid für dieses Projekt vorhandene alternative Standorte im Ortsbereich vorzieht. Ebenso wäre davon auszugehen, dass auch der heutige Umweltminister dem Projekt eine Abfuhr erteilen würde – und der Innenminister das Projekt ablehnt, da es nicht konform zu den Kriterien der Landesplanung ist.





Mouvement Ecologique begrüßt Erhaltung der Parklandschaft Meysembourg

In einer Pressemitteilung begrüßt der Mouvement Ecologique die Entscheidung des Felsler Gemeinderates in Bezug auf die Zukunft von Meysembourg. Der kulturhistorisch einmalige Landschaftspark soll bekanntlich als Landschaftsschutzgebiet in seiner Gesamtheit erhalten bleiben. Der Bebauungsplan sieht im Übrigen für das Schloss selbst bzw. sein direktes Umfeld eine Spezialzone vor, wo ein Hotel bzw. ein Reiterhof entstehen könnten, dies im Rahmen eines Teilbebauungsplanes und im Einverständnis mit den betroffenen Ministerien.

Die Umweltgewerkschaft wartet nun auf die definitive Klassierung des gesamten Areals als "monument classé" bzw. auf die Entscheidung

des Regierungsrates betreffend den Vorschlag der interministeriellen Arbeitsgruppe, den Landschaftspark in das Eigentum der öffentlichen Hand zu überführen.

Das Verdienst für die – hoffentlich definitive – Rettung Meysembourgs kommt in erster Linie den rund 675 BürgerInnen zu, die mit ihrem Einspruch und ihrem Engagement für die Erhaltung und kulturhistorisch verträgliche Inwertsetzung einstanden. Aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen im Fall Meysembourg gilt es allerdings sehr wachsam zu bleiben und die strikte Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen zu gewährleisten.

Der Mouvement Ecologique ist aber auch der Überzeugung, dass Lehren aus dem Fallbeispiel Meysembourg gezogen werden müssen.

Einerseits gilt es – auch im Respekt der Landschaftsrahmenkonvention von Florenz – endlich wertvolle Landschaften grundsätzlich unter Schutz zu stellen. Hierzu sollte, wie in dieser Konvention vorgesehen, die zukünftige Gestaltung und Nutzung dieser kulturhistorischen wertvollen Landschaftsteile unter Einbeziehung der Bevölkerung diskutiert werden. Zusätzlich muss der Umweltminister umgehend mit dem sogenannten "sektoriellen Plan geschützte Landschaften" klare Verhältnisse für die Zukunft schaffen, in dem aus Naturschutzsicht besonders

wertvolle Landschaften als Tabuzonen definiert werden.

Aber auch die Denkmalschutzpolitik muss endlich aus dem Dornröschenschlaf erwachen. Es obliegt dieser Verwaltung bzw. dem Kulturministerium endlich eine reelle Strategie zum Erhalt unserer Kulturgüter zu entwickeln, dies aufgrund einer entsprechenden Bestandsaufnahme sowie einer Einbeziehung aller interessierten Kreise. Dass immer wieder Gebiete – wie jenes von Meysembourg – gefährdet sind, liegt auch an einer bis dato nur absolut unzureichenden Denkmalschutzpolitik.

Ausbau des Flughafens: Dossier ohne Ende

Im April dieses Jahres fand erneut eine Genehmigungsprozedur für eine Anlage auf dem Flughafenareal statt. Und zwar ging es um den Bau eines "Cargolux-Hangar". Dabei müssten die Verantwortlichen aufgrund mehrerer Gerichtsurteile längstens dafür Sorge getragen haben, dass endlich das gesamte Areal über eine Betriebsgenehmigung verfügen würde. Der Mouvement Ecologique und seine Regionale Syrdall reichten erneut Einspruch ein. Im folgenden die Argumente in der Zusammenfassung (der integrale Einspruch kann auf der homepage www.oeko.lu eingesehen werden)

Der Mouvement Ecologique ist durchaus der Überzeugung, dass sich verbesserte Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer aufdrängen und wendet sich nicht grundsätzlich gegen eine neue Halle. Allerdings ist die Art und Weise wie dies nunmehr erfolgen soll, absolut nicht vertretbar.

X-ter Ausbau ohne Gesamt-Genehmigung

Es ist für den Mouvement Ecologique mehr denn mühsam erneut im Rahmen einer Genehmigungsprozedur auf dem Flughafenareal das Argument anführen zu müssen, dass das Flughafenareal als solches nach wie vor nicht über eine Betriebsgenehmigung verfügt. Gemäss Urteil des Verwaltungsgerichtes hätte dieser Zustand aber bereits seit langem behoben werden müssen.

Es ist mühsam immer wieder hervorheben zu müssen, dass es entsprechend nicht zulässig ist, erneut eine Teilgenehmigung anzufragen oder gar zu erstellen, bevor nicht die Gesamtgenehmigung für das Flughafenareal vorliegt!

Neue Wartungshalle bedeutet durchaus auch Ausbau von Aktivitäten und mehr Flugbewegungen – Fehlende Abstimmung mit Motorenteststand mehr denn problematisch

* Der Bau dieser Wartungshalle ist durchaus mit einem Ausbau der Aktivitäten auf dem Flughafenareal verbunden. Ziel der Antragsteller ist es ja nicht nur lediglich die bestehende Flugflotte bzw. lediglich den Ersatz der bestehenden Flotte zu warten. Nein: im Dossier selbst wird darauf verwiesen, dass z.B. neue Flugzeuge hier gewartet werden sollen.

* Ein weiterer problematischer Aspekt ist die Tatsache, dass die Autoren des Projektes behaupten, es bestünde kein Zusammenhang zwischen Wartungshalle und Motorenteststand. Diese Trennung ist jedoch 'künstlich' und für die betroffenen Anlieger in der Gemeinde Sandweiler nicht nachvollziehbar und ohne Belang. Wichtig für die Anlieger ist die Frage nach der gesamten Lärmentwicklung, sei es durch die Aktivitäten in und um die Wartungshalle, sei es durch Motorentests. Da die bestehenden Regelungen diese neuen zusätzlichen Aktivitäten nicht berücksichtigen, sind sie für die Anrainer nicht länger vertretbar. Wie viele Motorentests finden pro Jahr oder pro Monat statt? Wird die Anzahl dieser Tests durch diese Genehmigung begrenzt oder können allein die am Flughafen ansässigen Firmen diese Zahl bestimmen? Zu welcher Tageszeit finden diese Tests statt und gibt es dabei Einschränkungen? Finden auch Tests an Wochenenden und Feiertagen statt oder gibt es dabei Einschränkungen?

Es sind dies Fragen die befriedigend geklärt werden müssen, was allerdings in dem vorliegenden Genehmigungsdossier, der bewusst nur einen

Teilaspekt der Problematik behandelt, nicht geschieht. Es ist daher absolut logisch und verständlich, dass Anrainer eine negative Haltung zu diesem

Projekt einnehmen, ohne aber gegen das Projekt als solches zu sein. Diesen Bedenken schliesst sich auch der Mouvement Ecologique an. Auch dieser Punkt weist die Bedeutung der Forderung nach einer Gesamtbetriebsgenehmigung auf!

Nacharbeit und Lärmbelastung – weiterhin problematisch

Gemäss Dossier ergibt sich als lauteste Stunde tags der Zeitraum morgens von 7.30 bis 8.30 Uhr. Die lauteste Nachtstunde liegt zwischen 22.15 und 23.15. Zitiert sei weiterhin aus dem Dossier "Diese Zunahme der Geräuschbelastung ergibt sich innerhalb der Arbeitszeit der Firma Cargolux (nachts von 22 bis 24 Uhr), wenn Flugzeugbewegungen auf dem Betriebsgrundstück stattfinden." Dabei stellen sich folgende Fragen:

– Ist es tatsächlich notwendig, dass nachts nach 22.00 derartige Arbeiten in dem Ausmass übernommen werden? Vor allem auch, wenn gerade dann die Lärmbelastung besonders hoch ist! Drängt es sich nicht geradezu auf, die Aktivitäten nach 22.00 einzuschränken!

– Wie steht es mit den Wochenenden? Es kann und darf doch nicht sein, dass die Anrainer auch an Wochenenden zu diesen Tageszeiten belästigt werden!

– Angegeben werden im Dossier immer gemittelte Werte über eine Stunde. Dabei ist aber bekannt, dass der Mittelwert nicht derart relevant ist, sondern auch einzelne Geräuschmissionen,



die von kurzer Dauer sein können. Die im Dossier (nicht ausreichend) enthaltenen Fakten vermitteln durchaus den Eindruck, als ob auch Nachts mit kurzen hohen – unzumutbaren – Lärmbelastungen zu rechnen ist.

Für eine verbesserte Abschottung gegenüber den Siedlungen – auch im Interesse der betroffenen Firmen

Es ist bereits seit Jahren geplant, dass in der Grünzone zwischen dem Flughafenareal und der Gemeinde Sandweiler eine Neuanpflanzung von Bäumen stattfinden sollte, um die Lärmbelastung zu reduzieren.

Da aber die dafür notwendige Fläche derzeit in Privathänden ist und diese eine Bepflanzung oder andere lärmreduzierende Massnahmen ablehnen, ist nicht damit zu rechnen, dass hier kurzfristig Fortschritte erreicht werden.

Es kann jedoch nicht sein, dass Schutzmassnahmen die im Allgemeininteresse der Anlieger und im Interesse der betroffenen Firmen sind, durch ungelöste Grundstücksrechte nicht realisiert werden.

Der Mouvement Ecologique unterstützt deshalb die Gemeinde Sandweiler in ihrer Forderung, dass auf dem Areal des Flughafens ein Lärmschutzwall errichtet werden soll und ist der Überzeugung, dass diese Auflage umgehend ausgesprochen werden muss.



Europäische Klimabündnis-Gemeinden einigten sich in Wien auf langfristige CO₂-Reduktionsziele: - 10% alle 5 Jahre



Europäische Klimabündnis-Gemeinden wollen ihre CO₂-Emissionen künftig alle fünf Jahre um zehn Prozent reduzieren. Dabei soll der wichtige Meilenstein einer Halbierung der

Pro-Kopf-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 bis spätestens 2030 erreicht werden. Als langfristiges Ziel zur Stabilisierung des Klimas streben sie den weltweit nachhaltigen und gerechten Wert von 2,5 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Person und Jahr an – so das Ergebnis der 14. Internationalen Klimabündnis-Jahreskonferenz, die Anfang Mai mit über 300 Teilnehmenden auf Einladung der Stadt in Wiener Rathaus tagte.

Unter dem Motto "Climate Needs – Local Answers" tauschten KommunalpolitikerInnen aus ganz Europa Erfahrungen aus und diskutierten Strategien, Maßnahmen und Hürden im kommunalen Klimaschutz. Mit dabei waren auch

wichtige Klimaexperten aus Wissenschaft und Politik, darunter der prominente US-amerikanische Zukunftsforscher Professor Dennis Meadows, die Leiterin des Sekretariats des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), Dr. Renate Christ, und Dr. Klaus Müschen, Leiter der Abteilung "Klimaschutz, Umwelt und Energie" am deutschen Umweltbundesamt.

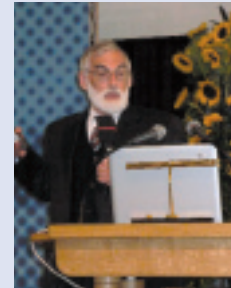
Eines der zentralen Themen der Konferenz waren die langfristigen Ziele von Europas größtem Klimaschutz-Städtenetzwerk. Bereits bei der Gründung des Klima-Bündnisses im Jahr 1990 haben sich die Mitglieder freiwillig dazu verpflichtet, ihren Kohlendioxid-Ausstoß bis zum Jahr 2010 zu halbieren.

Wenige Jahre vor Erreichen des Meilensteins stimmten die europäischen Städte und Gemeinden jetzt mehrheitlich für den **von den Luxemburger Mitgliedsgemeinden eingebrachten Vorschlag**, dieses Ziel fortzuschreiben und auch im Sinne neuer Mitglieder zu vereinfachen. "Die neue Zielvereinbarung reicht weit über das Jahr 2010 hinaus, erlaubt aber eine kurzfristige Erfolgskontrolle. Außerdem ermöglicht sie auch

Städten und Gemeinden, die neu mit dem Klimaschutz beginnen, konkrete Zielmargen zu verfolgen", begründet Joachim Lorenz, Stadtrat für Umwelt und Gesundheit in München und Klimabündnis-Vorstand, die Entscheidung. "Das Ziel sei ambitioniert aber erreichbar, wenn alle internationalen, nationalen und lokalen Entscheidungsebenen zusammenwirken", so Lorenz.

Camille Gira, Luxemburger Vertreter im internationalen Vorstand und für weitere 2 Jahre wiedergewählt, sprach von "einem Jahrhundertziel, das sowohl einfach zu kommunizieren sei, den wissenschaftlichen Anforderungen des Klimaschutzes angepasst ist und die Gemeinden auffordert, immer am Ball zu bleiben."

Auch die Vertreter der beiden ONGs der nationalen Koordination des Klimabündnisses Luxemburg (Mouvement Ecologique und Action Solidarité Tiers Monde) zeigten sich sehr zufrieden mit diesem neuen Klimabündnis-Ziel. Bei ihrer Tournee durch die zur Zeit 24 Mitgliedsgemeinden und bei den neuen interessierten Gemeinden werden sie dieses mit den Verantwortlichen besprechen.



Zukunftsforscher Dennis Meadows bei seinem Vortrag „Klimawandel und Grenzen des Wachstums“ (nachzulesen auf www.klimabuendnis.lu)

Impaktstudiendirektive: weiterhin Diskussionbedarf bei der Umsetzung

Bereits seit den 80er Jahren (sic!) hätte Luxemburg die Impaktstudienrichtlinie für den Bereich Straßen- und Schienenbau umsetzen müsse. Bis dato ist noch immer nichts erfolgt! Endlich liegt ein neues Gesetzesprojekt vor, das jedoch erneut erhebliche Mängel aufweist.

Im folgenden stark zusammengefasst die 8seitige Stellungnahme des Mouvement Ecologique. Sie kann wie immer bestellt oder auf der homepage www.oeko.lu eingesehen werden.

"Freiwilligkeit von Impaktstudien"

Größte Schwachstelle des vorliegenden Gesetzesentwurfes – der nur auf Straßenbauprojekte sowie auf Schieneninfrastrukturen zutrifft – ist jenes, dass nach Ansicht des Mouvement Ecologique nicht zufriedenstellend geregelt ist, wann eine Impaktstudie durchgeführt werden muss und wann nicht. Es finden sich Aussagen im Gesetzesentwurf, dass derartige Studien nur dann durchgeführt werden müssen, wenn es sich um eine Autobahn von mehr als 10 km handelt und ähnliches. In anderen Fällen obliegt die Entscheidung dem Landesplanungsministerium bzw. der Regierung. Dabei schreibt die Richtlinie in aller Deutlichkeit vor, dass für alle Projekte mit besonderer Umweltrelevanz eine derartige Studie nicht "freiwillig" durchgeführt werden kann, sondern muss.

Dieser Punkt muss im vorliegenden Gesetzestext unbedingt überarbeitet werden! Ansonsten riskiert man nicht nur die Richtlinie nicht zu respektieren ... vielmehr stellt sich dann die

Frage, für welche Projekte das Gesetz überhaupt Gültigkeit hätte. Denn Straßenbauprojekte von mehr als 10 km sind wohl hoffentlich nicht geplant.

Fehlende "Nullvariante"

Weiteres erhebliches Problem ist, dass der Luxemburger Gesetzesentwurf derzeit keine sogenannte "Nullvariante" vorsieht. D.h. bei einer Impaktstudie sollten nicht nur z.B. verschiedene Straßentrassen untersucht werden, sondern – so wie dies z.T. auch bei ausländischen Planungen der Fall ist – z.B. auch weitgehendere Alternativen, wie z.B. ein Ausbau des öffentlichen Transportes oder sonstige Maßnahmen.

Vor allem auch in Zeiten da der Staatshaushalt knapper ist und gemäß Aussagen zahlreicher politischer Verantwortlicher eine Priorität auf den öffentlichen Transport gelegt werden müsste, sollte dies eine Selbstverständlichkeit sein.

Es sei darauf verwiesen, dass auch in der deutschen Gesetzgebung "Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung" ein entsprechender Passus verankert ist: Artikel 19: "Bei der Verkehrswegeplanung auf Bundesebene (...) werden bei der Erstellung des Umweltberichtes in Betracht kommende vernünftige Alternativen, die die Ziele und den geographischen Anwendungsbereich des Plans oder Programms berücksichtigen, insbesondere alternative Verkehrsnetze und alternative Verkehrsträger ermittelt, beschrieben und bewertet."

Folgende Anmerkung sei zudem erlaubt: Wer weiß. Hätte vor Jahren, so wie bereits damals von zahlreichen Leuten verlangt, eine derartige Analyse betreffend den Bau der Nordstraße stattgefunden, so wäre vielleicht die Westvariante der Nordstraße gebaut (wenn über-

haupt) und parallel die Schienenverbindung in und zum Norden des Landes verbessert worden. Wohl mit dem Resultat, dass unter dem Strich die Projekte heute fast abgeschlossen wären, und nicht eine Ost-Variante einer Nordstraße gebaut wird, die sich finanziell als Fass ohne Boden entpuppt.

Informationspflicht

Auch das Informationsrecht der Bürger bzw. Pflicht der öffentlichen Hand sollte genauer geregelt werden. Welche Dossiers sind wann zugänglich, inwieweit können / müssen Kopien angefertigt werden?

Anhörung der Öffentlichkeit auch im Rahmen der eigentlichen Impaktstudie

Das vorliegende Gesetz sieht vor, dass eine Anhörung der Öffentlichkeit zu einem recht frühen Zeitpunkt erfolgt, wo noch keine Entscheidung betreffend die Opportunität des Projektes bzw. ggf. die zurückbehaltenen Variante getroffen wurde. Dies ist sicherlich absolut begrüßenswert. Allerdings führt dies dazu, dass gemäß den Autoren des vorliegenden Gesetzesentwurfes die Öffentlichkeit bei der eigentlichen Entscheidung ausgeschaltet ist und nicht mehr eingebunden werden soll. Hier müsste unbedingt auch eine weitgehendere Beteiligung zu einem späten Zeitpunkt gewährleistet sein.

Rekursrecht muss zwingend verankert werden!

Die Aarhus-Konvention sieht aber auch ausdrücklich vor, dass das Rekursrecht der Organisationen in den sektoralen Gesetzen



verankert werden muss. Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht überhaupt kein Rekursrecht vor (!), was aus rechtsstaatlicher Sicht absolut nicht tragbar ist und im gänzlichen Widerspruch zu EU-Recht steht!

Grenzüberschreitender Aspekt absolut unterentwickelt

Des Weiteren ist die Einbindung der Nachbarländer nur sehr unbefriedigend geregelt.

Mouvement Ecologique asbl.

Oekozerter Lëtzebuerg
6, rue Vauban
L - 2663 Luxembourg
Tel.: 43 90 30-1
Fax: 43 90 30-43
e-mail: meco@oeko.lu
www.oeko.lu

Einzelmitgliedschaft: 40 Euro – Haushaltsmitgliedschaft: 60 Euro – Für Studenten und Arbeitslose: 20 Euro – Schnuppermitgliedschaft (auf ein Jahr beschränkt): 20 Euro

Kontonummer:
CCP IBAN LU16 1111 0392 1729 0000,
BCEE IBAN LU20 0019 1300 1122 4000

Der Mouvement Ecologique ist eine parteipolitisch neutrale und unabhängige Umweltschutzorganisation mit zahlreichen ehrenamtlich engagierten BürgerInnen. Durch eine Mitgliedschaft oder die Anwerbung von MitgliederInnen können Sie die kritische, engagierte und unabhängige Arbeit des Mouvement Ecologique und die Realisierung seiner Zukunftsvisionen für eine lebenswerte Gesellschaft von Morgen unterstützen.